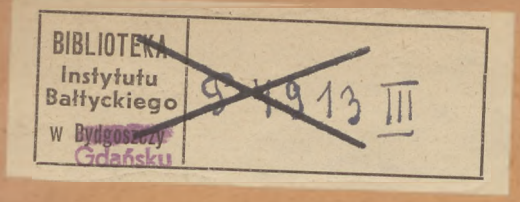


Überreicht vom Verfasser

REICHSPOLITIK UND OSTPOLITIK IM FRÜHEN MITTELALTER

VON

ALBERT BRACKMANN

SONDERAUSGABE AUS DEN SITZUNGSBERICHTEN
DER PREUSSISCHEN AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN
PHIL.-HIST. KLASSE. 1935. XXXII

BERLIN 1935
VERLAG DER AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN
IN KOMMISSION BEI WALTER DE GRUYTER U. CO.
(PREIS *RM* 1.50)

1812580
1284538

REICHSPOLITIK UND OSTPOLITIK IM FRÜHEN MITTELALTER

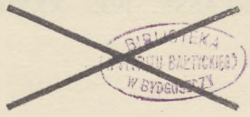
VON

ALBERT BRACKMANN

SONDERAUSGABE AUS DEN SITZUNGSBERICHTEN
DER PREUSSISCHEN AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN
PHIL.-HIST. KLASSE. 1935. XXXII

BERLIN 1935
VERLAG DER AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN
IN KOMMISSION BEI WALTER DE GRUYTER U. CO.
(PREIS *RM* 1.50)

Nie pożycza się do domu



D 259/25/10

Wenn ich die Frage der deutschen Ostpolitik des frühen Mittelalters noch einmal wie schon im vorigen Jahre an dieser Stelle behandle und sie nunmehr in den großen Zusammenhang der Reichspolitik zu stellen versuche, so tue ich das aus einem doppelten Grunde: einmal, weil die bisherige Auseinandersetzung mit den polnischen Fachgenossen gezeigt hat, daß die gegensätzlichen Auffassungen gerade in den wichtigsten Fragen der deutsch-polnischen Beziehungen sich aus einer zu einseitigen Einstellung auf die Geschichte des eigenen Volkes erklären. Für die Vergangenheit aber gilt dasselbe Gesetz wie für die Gegenwart, daß die Entwicklung im Osten ganz entscheidend durch die europäische Gesamtentwicklung bestimmt wird. Grundsätzlich hat das zwar kein deutscher oder polnischer Historiker bestritten, aber tatsächlich ist mit der praktischen Auswirkung dieser Erkenntnis keineswegs Ernst gemacht. Ich möchte es hier wenigstens für die älteste Zeit der fränkisch-deutschen Slavenpolitik versuchen, weil sie augenblicklich besonders umstritten ist. Der andere Grund, der mich zu diesen Ausführungen veranlaßt, ist der Wunsch, von einigen eigenen Forschungsergebnissen und von Untersuchungen meiner beiden bisherigen Mitarbeiter an der Germania Pontificia III[1], Dr. Marcel Beck aus Winterthur und Dr. Heinrich Büttner aus Mainz, Mitteilung zu machen, die sich auf die Bedeutung der Bistümer Würzburg und Bamberg im Rahmen der Ostpolitik beziehen. Gerade durch diese Beobachtungen dürfte der enge Zusammenhang zwischen Reichspolitik und Ostpolitik in der Zeit vom 8.—11. Jahrhundert besonders deutlich werden und ein klarerer Einblick in die mannigfachen Wandlungen der fränkisch-deutschen Slavenpolitik der frühesten Jahrhunderte vermittelt werden.

I.

Die Slavenwelt ist für das werdende fränkische Reich erst im 8. Jahrhundert von wirklicher politischer Bedeutung geworden. Die karolingischen Hausmeier hatten ihre Ausdehnungspolitik nach Norden gerichtet, d. h. auf

[1] Germania Pontificia III (ed. A. Brackmann): Provincia Maguntinensis Pars III (dioeceses Strassburgensis, Spirensis, Wormatiensis, Wirciburgensis, Bambergensis), Berolini 1935.

Friesland, weil die Eingliederung dieses Gebietes für das Frankenreich von großer politischer und wirtschaftlicher Bedeutung war. Sie erfolgte durch Schwert und christliche Mission, wie es die Politik der Karolinger war[2]: das schon zur Merowingerzeit christlich gewordene Utrecht wurde 695 Sitz der fränkischen Verwaltung und des friesischen Bischofs Willibrord. Im Osten war damals die Lage ungünstiger. Im Südosten war während des 6. Jahrhunderts das Reich der Avaren entstanden, das militärisch zu stark war, als daß es die Franken zum Angriff nach dieser Richtung hin hätte reizen können. Die Slaven des Nordostens waren noch ohne stärkere politische Aktivität. Die Wacht gegen sie hatten nach der Zerstörung des großen Thüringischen Reiches, das vom Harz im Norden über den Main hinaus bis fast an die Donau gereicht hatte, also seit 531 die siegreichen Sachsen und der Rest der thüringischen Macht übernommen. Vom Standpunkte des späteren Deutschen Reiches aus gesehen wirkte sich die Zerstörung dieser thüringischen Macht als ein politischer Fehler aus, der in der weiteren Geschichte Deutschlands lange Zeit nachgewirkt hat; denn sie hat den nachdrängenden Slaven die Möglichkeit weiterer Expansion bis an den Main und bis nach Bayern gegeben. Wenn alsbald slavische Stämme gegen die Ostgrenzen Thüringens vorstießen und die Sorben das Gebiet zwischen Elbe und Oder in Besitz nahmen, die Tschechen Böhmen, so war ihnen die Möglichkeit erst durch die Zerstörung des Thüringer Reiches geschaffen. Für die Franken war im 8. Jahrhundert allerdings die Gefahr größer, daß die hier im Nordosten entstandene Lücke entweder von Norden her durch die Sachsen oder von Süden her durch die Bayern ausgefüllt wurde. Beides mußte von den Franken verhindert werden. Damals in der ersten Hälfte des 8. Jahrhunderts war die bayerische Gefahr die größere. Das bayerische Herzogsgeschlecht stand in offener Opposition gegen die karolingischen Hausmeier, und 743 ist es am Lech zu einer entscheidenden Schlacht gekommen, in der die Bayern unterlagen[3]. Schon bevor der Kampf losging, hatte Bonifatius im Auftrage Pippins 741 das Bistum Würzburg begründet[4]: eine anscheinend glückliche Lösung für die Frage des östlichen Grenzschutzes. Dieses fränkische Bistum Würzburg erfüllte die doppelte Aufgabe eines fränkischen Vorpostens gegenüber den Slaven und zugleich gegenüber den opponierenden Bayern; es wurde daher Missionsbistum und fränkisches Verwaltungszentrum; es war das östliche Gegenstück zum friesischen Utrecht und die südliche Parallele zu den gleichzeitigen Gründungen des Bonifatius in Sachsen und Thüringen. Es erhielt als Dotationsgut durch Karlmann Güter am Rhein und am Neckar, und von dieser Basis aus sollte es nach

[2] Vgl. Hauck, Kirchengeschichte Deutschlands[3.4] I 321ff., 431ff.
[3] Vgl. Sigmund Riezler, Geschichte Baierns[2] I 1 S. 154f.
[4] Germania Pontificia III 173. Auch die damals begründeten Bistümer Buraburg in Hessen und Erfurt für die Gegend nördlich des Thüringer Waldes sollten die thüringische Lücke schließen helfen; sie haben aber bekanntlich keinen Erfolg gehabt.

Osten vorstoßen. Würzburg war sozusagen die erste Etappe auf dem Wege der fränkischen Ostpolitik. Als Missionsbistum für den Mittel- und Obermain und darüber hinaus ist es von allen älteren Karolingern bis auf Ludwig den Deutschen gefördert worden[5].

II.

Von diesem ersten Abschnitt der fränkischen Slavenpolitik wenden wir uns zum zweiten. Durch die Zerstörung des Avarenreiches 795/6 wurde der fränkischen Politik fast überraschend der Blick in das weite slavische Hinterland eröffnet. Man wußte zunächst offenbar nicht recht, was man mit der Masse der slavischen Heidenwelt machen sollte. Wenigstens wissen wir von einer fränkischen Bischofskonferenz 796 an der Donau, die sich mit der Frage der Slavenmission beschäftigte[6], und von eindringlichen Warnungen Alkuins, die Slavenmission nach dem Muster der sächsischen zu gestalten. Karl der Große entschied sich für die alte fränkische Praxis: auf seinen Befehl begründete Papst Leo III. 798 das Erzbistum Salzburg mit den Suffraganbistümern Passau, Freising und Regensburg als Missionsbistümern für den ganzen Südosten, d. h. für das alte Rhätien und Pannonien, für das heutige Österreich und Ungarn, und diese zweite Etappe der fränkischen Slavenpolitik, die in erster Linie dem Südosten galt, ist in ihrem Wesen insofern von besonderer Bedeutung, als sie zum ersten Male auf einem Zusammenwirken von Kaisertum und Papsttum beruhte, bei dem das Übergewicht allerdings ganz auf der kaiserlichen Seite lag: Karl befahl, und der Papst gehorchte. Dabei lassen die uns erhaltenen Schreiben und Urkunden Karls und des Papstes, wie ich schon früher betonte[7], deutlich erkennen, daß der Papst mit der alten fränkischen Praxis, mit der staatlichen Initiative auf dem Gebiete der Mission, nicht einverstanden war. Ganz leise und eigentlich nur für denjenigen vernehmbar, der gewohnt ist, zwischen den Zeilen päpstlicher Schreiben zu lesen, meldet sich hier bereits eine von der fränkischen verschiedene kuriale Auffassung an, die sich die Führung in der Mission zu sichern bemüht war.

Auch in diesem zweiten Abschnitt erleben wir dann den starken Einfluß der allgemeinen politischen Lage. Mit dem Niedergang der karolingischen Macht im Zeitalter Ludwigs des Frommen und seiner Söhne verlor die fränkische

[5] Darüber wird Marcel Beck eingehend in den Studien und Vorarbeiten zur Germania Pontificia Bd. III handeln. Vgl. einstweilen Erich Frhr. von Guttenberg, Grundzüge der Territorienbildung am Obermain, in: Neujahrsblätter der Gesellschaft für Fränkische Geschichte XVI (1925) S. 6ff. und »Die Territorienbildung am Obermain« I. II in: 79. Bericht des Historischen Vereins für die Pflege der Geschichte des ehemaligen Fürstbistums Bamberg (1926) S. 2ff.

[6] Hauck, Kirchengeschichte Deutschlands[3.4] II 475; Brackmann, Die Anfänge der Slavenmission und die Renovatio imperii des Jahres 800, in: Sitzungsberichte der Berliner Akademie, phil.-histor. Klasse 1931, IX 77.

[7] Vgl. Brackmann, Die Anfänge der Slavenmission S. 79f.

Reichsgewalt die Führung im Osten und gab sie an die Kurie ab; aus dem Zeitalter Karls des Großen treten wir in das Zeitalter Nicolaus' I. Er, nicht die ostfränkische Reichsregierung, rief Methodius und Cyrill (Constantin) nach Mähren, und sein Nachfolger Hadrian II. übertrug ihnen die Slavenmission[8], nicht den bayerischen Bischöfen, deren lebhafter Protest im Jahre 870 zeigt, wie stark der Wandel der Lage in den Kreisen der ostfränkischen Geistlichkeit empfunden wurde[9]. Dazu kam ein zweiter Grund: das Zentrum des ostfränkischen Reiches lag in Bayern. Die Reichshauptstadt war Regensburg; sein Bischof war daher der gegebene Missionsbischof für die Slaven in Böhmen und in den Nachbarländern. Wenn ich vorhin erwähnte, daß das Bistum Würzburg nur bis zur Zeit Ludwigs d. D. von den Karolingern gefördert wurde, so liegt die Erklärung in diesen völlig veränderten Verhältnissen des südöstlichen Missionsgebietes. Bezeichnend für die veränderte Lage ist ein Vorfall, der sich im letzten Jahrzehnt des 9. Jahrhunderts zutrug. Als unter Arnulf von Kärnten der sehr aktive Bischof Arn von Würzburg[10] Slavenpolitik auf eigene Faust zu machen versuchte und am 13. Juli 892 im Kampf gegen die Slaven (Böhmen) fiel[11], setzte Arnulf eine von ihm abhängige Persönlichkeit, den Konradiner Rudolf, als Bischof ein, der, wie sein Herr es befahl, auf jede Ostpolitik verzichtete. Der Grund ist ohne Frage darin zu suchen, daß nach dem Willen der ostfränkischen Karolinger Mission in Böhmen nur von Regensburg, d. h. von der Reichshauptstadt aus, getrieben werden sollte. Nach außen hin trat das sichtbar in die Erscheinung, als 895 böhmische Herzöge in Regensburg erschienen und Arnulf huldigten[12].

III.

In eine ganz andere politische Lage kommen wir mit dem 3. Abschnitt der nunmehr deutschen Slavenpolitik. Mit dem Franken Konrad I. hörte Bayern wieder auf, das Hauptland des Reiches zu sein. Die Regierung dieses Königs war vielmehr umgekehrt gekennzeichnet durch den heftigen Kampf gerade gegen Herzog Arnulf von Bayern, der seit 907 Herzog war. Und sofort finden wir den damaligen Bischof von Würzburg, Thiodo mit Namen, in der nächsten Umgebung des Königs und von ihm privilegiert[13]. Unter Heinrich I. wurde

---

[8] Vgl. Hans von Schubert, Geschichte der christlichen Kirche im Frühmittelalter (Tübingen 1921) S. 518ff.

[9] Vgl. E. Dümmler, Geschichte des ostfränkischen Reiches[2] II 377; Hauck[3.4] II 723ff.

[10] Vgl. Hauck[3.4] II 730; er war schon 871 gegen die Tschechen ins Feld gerückt, 872 hatte er Karlmann zusammen mit dem bayerischen Heere gegen Svatopluk von Mähren unterstützt, 884 hatte er ein Heer gegen die das Rheingebiet verheerenden Normannen geführt.

[11] Vgl. Dümmler, Geschichte des ostfränkischen Reiches[2] III 355.

[12] Dümmler, a. a. O. III 411f.

[13] Dümmler, a. a. O. III 576. 598. 614.

931/32 Burchard, bis dahin Abt von Hersfeld, Bischof von Würzburg, unter Otto I. 941 Poppo, vorher königlicher Kanzler. Die Würzburger Bischöfe spielten also alsbald wieder eine politische Rolle, aber, wie wohl zu beachten ist, nur als Ratgeber des Königs, nicht als Leiter der Slavenmission. Die Slavenmission im Südosten des Reiches wurde damals durch das siegreiche Vordringen der Ungarn überhaupt lahmgelegt[14]. Als das bayerische Heer am 5. Juli 907 von den Ungarn vernichtend geschlagen wurde und auf dem Schlachtfelde neben dem Markgrafen der Ostmark der Erzbischof von Salzburg und die Bischöfe von Freising und Seben-Brixen gefallen waren[15], wurde Bayern bis 955 und noch längere Zeit darüber hinaus als Missionszentrum ausgeschaltet, weil es sich fast Jahr für Jahr gegen die Einfälle der ungarischen Heiden zu wehren hatte. Es ist daher kein Zufall, daß Heinrich I. und Otto I. auf die Slavenmission im Südosten verzichteten und statt dessen im Nordwesten und Nordosten gegen die Slaven vorgingen. Solange die Ungarn siegreich waren, konnte an eine Slavenmission im Gebiete Pannoniens und der angrenzenden Länder nicht gedacht werden. Allerdings sprach bei der auf die Nordslaven gerichteten Politik der ersten Sachsenkönige auch das besondere sächsische Interesse mit. Zwischen Sachsen und Wenden gab es seit alter Zeit nur Krieg bis zur Vernichtung. Sowohl Heinrich I. wie schon sein Vater Herzog Otto von Sachsen kämpften gegen die Wenden als Volk. Ihren Siegen folgten nicht, wie es zur Karolingerzeit üblich war, die Priester[16]. Volk stand gegen Volk, Sachsen gegen Wenden, beide von bitterem Haß gegeneinander erfüllt[17], ohne jedes für uns erkennbare religiöse Nebenmotiv auf sächsischer Seite.

Erst unter Otto I. beginnt wieder die Verbindung von kriegerischer Aktion und Mission. Mit der Reihe seiner Bistumsgründungen lenkte Otto in die Bahnen Karls des Großen zurück. Und nun erst tritt die Eigenart dieses 3. Abschnittes der deutschen Slavenpolitik deutlicher in die Erscheinung. Otto handelte von dem Augenblick seines Regierungsantritts an nach einem wohlüberlegten Plan; ich brauche ihn nicht im einzelnen darzulegen; es genügen folgende Tatsachen: 937 begründete er das St. Moritzkloster in Magdeburg als Grundlage für das spätere Erzbistum; 947 errichtete er auf dänischem Gebiet, das seit 934 tributpflichtig war, die Bistümer Aarhus, Ripen und Schleswig, 948 für das Gebiet zwischen Elbe und Oder die Bistümer Brandenburg und Havelberg; 968 das Erzbistum Magdeburg mit den Bistümern Merseburg, Zeitz und Meißen, 973 das Bistum Prag. Betrachtet man diese Gründungen auf der Karte, so sieht man, daß sie in einer fortlaufenden Linie von der Nordspitze Jütlands an der Elbe entlang bis zum Quellgebiet der

[14] Hauck, Kirchengeschichte Deutschlands[3.4] III 83.
[15] Riezler, Geschichte Baierns[2] I 1 S. 431f.
[16] Hauck[3.4] III 73ff. 79. 83f.
[17] Hauck[3.4] III 87ff.

Elbe in Böhmen führten, und daran schlossen sich dann nach Süden die älteren karolingischen Bistümer Regensburg, Passau, Freising, Salzburg, Seben-Brixen, die in dem Jahrzehnt nach der Ungarnschlacht allmählich ihre Missionstätigkeit und kolonisatorische Arbeit im Südosten wieder aufnahmen und zur Zeit des Todes Ottos I. 973 ungefähr das alte Missionsgebiet wieder zurückgewonnen hatten[18]. Damit war ein ganzes Netz von politischen und Missionszentren um die Nord- und Ostgrenze des Reiches herumgelegt, das der großen Aufgabe dienen sollte, die slavischen Völker der deutschen Kirche einzugliedern.

Aus dieser Beobachtung ergeben sich einige Folgerungen: 1. das Bistum Würzburg verlor mit der Begründung des weit vorgeschobenen Bistums Prag abermals einen Teil seiner ursprünglichen Bedeutung eines Vorpostens gegenüber den Slaven und eines Missionsbistums für den Osten. Dies mag auch daraus erklärt werden, daß Würzburg durch seine Lage am Mittelmain zu weit von der Missionsfront weggerückt war. Damit hängt es zusammen, daß Otto zwar die Würzburger Bischöfe als Ratgeber in seine nähere Umgebung zog, aber das Bistum selbst mit Schenkungen im Missionsgebiet nicht bedachte[19]; dafür gewinnt man erst das richtige Verständnis, wenn man seine reichen Schenkungen an die vorhin genannten Missionsbistümer danebenstellt. Otto hielt die Rolle, die Würzburg im Osten gespielt hatte, offenbar für beendet. Aber diese Politik gegenüber Würzburg war nur so lange richtig, als das Bistum in gesichertem Hinterland lag. Sobald es durch einen Vorstoß der Slaven wieder in die Kampffront hineingezogen wurde, mußte die Reichsregierung zu einer anderen Politik genötigt werden, und dieser Fall trat in der Tat, wie wir sehen werden, am Ende des 10. und Anfang des 11. Jahrhunderts ein.

2. Jenes Netz von Missionsbistümern mußte die weitere Folge haben, daß die auf fremdem Boden gelegenen Bistümer nur dann ihre Aufgabe als deutsche Missionsstationen erfüllen konnten, wenn es gelang, die Völker, auf deren Gebiet sie begründet waren, in politischer Abhängigkeit zu halten. In diesen Zusammenhang gehört die vielerörterte Frage der Begründung des polnischen Missionsbistums Posen. Ich habe diese Frage vor der Akademie im vorigen Jahre in der Klasse im Zusammenhange mit Ausführungen über »die Anfänge des polnischen Staates« behandelt[20], aber gegen sie sind von polnischer Seite, vor allem von Professor Jedlicki-Posen, Einwendungen erhoben worden[21]. Er stellt wie schon früher die staatsrecht-

[18] Hauck[3.4] III 153ff.

[19] Vgl. die Ausführungen von Marcel Beck in »Studien und Vorarbeiten zur Germania Pontificia III«.

[20] Vgl. Sitzungsberichte, phil.-hist. Klasse 1934, XXIX, S. 998ff.

[21] M. Z. Jedlicki, Die Anfänge des polnischen Staates. Erwiderung in: Historische Zeitschrift 152 (1935) S. 519—529.

liche Frage nach dem Charakter des jungen polnischen Staates in den Vordergrund und verteidigt dabei seine Ansicht, daß die beiden ersten Polenherzöge Mieszko I. und Boleslav Chrobry vor dem Jahre 1000 dem deutschen Könige nur tributpflichtig gewesen seien, keine Lehnsträger, und obwohl diese Frage nach dem staatsrechtlichen Verhältnis Polens zum deutschen Reich von ihm nicht in den Zusammenhang mit der Frage nach der Begründung des ersten Bistums in Posen gestellt wird, möchte ich sie nunmehr meinerseits ausdrücklich in diesen Zusammenhang hineinstellen, weil sie allerdings von ihm nicht zu trennen ist. Jedlicki hat vollkommen recht, wenn er das junge Polen als tributpflichtiges Land bezeichnet; das hat bisher noch niemand bestritten, und auch ich habe keinen Zweifel daran geäußert. Wohl aber halte ich auch gegenüber den Einwendungen Jedlickis daran fest, daß schon Mieszko I. zu den deutschen Kaisern im Vasallitätsverhältnis stand. Ich will hier nicht wiederholen, was ich damals über die Worte Thietmars von Merseburg: »In diebus illis (986) Miseco semet ipsum regi dedit« (Chron. IV c. 9 ed. Kurze S. 69; ed. R. Holtzmann S. 140) und über die Bezeichnung Mieszkos als des »amicus imperatoris« gesagt habe. Jedlicki stellt die Worte »semet ipsum regi dedit« in Parallele zu der Nachricht Thietmars über die erste Unterwerfung Mieszkos im Jahre 963 (II c. 14 ed. Kurze S. 26; ed. R. Holtzmann S. 54)[22], aber er erklärt nicht, warum sich dieser 986 noch einmal als Tributärfürst dem Kaiser unterworfen haben sollte, nachdem er es schon damals getan und nachdem er seit der Extratour des Jahres 974 und seit der Heirat mit Oda, der Tochter des Markgrafen Dietrich von der Nordmark nach 977, stets zur Reichsregierung gehalten hatte. Die Frage mündet damit in die andere, ob im 10. Jahrhundert Tributpflicht und Vasallität einander ausschlossen. Ob Jedlicki dieser Ansicht ist, weiß ich nicht; ich kann sie jedenfalls nicht teilen. Der Tribut war eine dem gesamten besiegten Volke auferlegte Last[23]; die Vasallität war das durch den Akt der »commendatio« begründete persönliche Verhältnis eines einzelnen Mannes zu seinem Herrn. Es ist nicht einzusehen, warum die beiden Verhältnisse nicht nebeneinander bestehen konnten. Aber wenn Jedlicki nun auf die Tatsache, daß Polen damals ein tributpflichtiges Land war, so entscheidendes Gewicht legt, so wird er zugeben müssen, daß diese Auffassung eher für die Annahme der Begründung des Bistums Posen durch Otto I. spricht als für die von ihm vertretene, daß die Gründung durch den Papst und den Polenherzog erfolgt sei und Otto I. sich auf eine formale »Einwilligung« beschränkt habe[24]. Denn gerade in den tributpflichtigen Ländern Dänemark, Branden-

[22] Jedlicki, a. a. O. S. 520.

[23] Vgl. R. Schröder, Lehrbuch der deutschen Rechtsgeschichte[6] S. 588; Waitz, Verfassungsgeschichte VIII 372f.

[24] Jedlicki, a. a. O. S. 521.

burg und Böhmen ist es ja Otto I. gewesen, der die dortigen Bistümer begründet hat, und zwar ganz ersichtlich auf Grund des Rechtstitels seiner Oberherrschaft, ohne daß sich die Fürsten dieser Länder, soweit wir wissen, in irgendeiner Weise daran beteiligt hätten[25]. Der Schluß, daß es auch im tributpflichtigen Polen ebenso gewesen sei, ist nicht von der Hand zu weisen. Für seine eigene Anschauung, daß der Polenherzog mit tatkräftiger Unterstützung durch den Papst Johann XIII. das Bistum begründet habe, kann Jedlicki nur den Umstand anführen, daß Mieszko 966 zum Christentum übertrat und dann möglicherweise eine Gesandtschaft nach Rom schickte, die den Papst Johann XIII. bestimmte, das Bistum Posen nicht der deutschen Kirche einzugliedern. Aber das ist lediglich eine Vermutung, die durch die Überlieferung nicht bezeugt wird und für die man nur anführen könnte, daß Mieszko sowohl 974[26] wie um 990[27] Beziehungen zu Rom gesucht hat. Ebenso möglich ist jedoch, daß Papst Johann XIII. allein durch die Tatsache des Übertritts Mieszkos zum Christentum auf der Synode zu Ravenna, die im April 967 stattfand, also unmittelbar nach dem Übertritt des Polenherzogs, dazu bestimmt wurde, das bereits von Otto I. begründete Bistum Posen dem auf der Synode begründeten Erzbistum Magdeburg nicht zu überweisen. Dafür spricht nämlich noch eine andere Erwägung, die sich aus der allgemeinen politischen Lage jener Zeit ergibt, und damit komme ich auf eine dritte Folgerung, die in diesem Zusammenhang gezogen werden muß.

3. Ich hatte früher aus einer Interpretation der päpstlichen Schreiben für Magdeburg das Ergebnis gewonnen, daß Papst Johann XIII. (965—972) eine der deutschen Politik entgegengesetzte Missionspolitik im Osten zu verfolgen suchte[28]. Dieses Ergebnis ist, soweit ich sehe, inzwischen anerkannt, und auch Jedlicki hat es übernommen[29]. Aber Jedlicki sucht das Motiv für diese antideutsche Politik des Papstes vor allem in der Initiative des Polenherzogs[30], weil er sich die Änderung der kurialen Politik aus anderen Gründen nicht erklären kann; denn Johann XIII. sei ja, so argumentiert er, Otto I. gegenüber zu großem Dank verpflichtet gewesen, weil dieser ihm auf den

---

[25] Darüber wird demnächst ein Schüler H. Aubins, stud. Zappok, in einer Untersuchung über die Bischöfe von Posen handeln.

[26] Vgl. Bernhard Stasiewski, Untersuchung über drei Quellen zur ältesten Geschichte und Kirchengeschichte Polens, Breslau 1933, S. 105f.

[27] Vgl. meine Ausführungen in: Sitzungsberichte 1934, XXIX, S. 1002.

[28] Die Ostpolitik Ottos des Großen in: Historische Zeitschrift 134 (1926) S. 242—256.

[29] Jedlicki in: Historische Zeitschrift 152 (1935) S. 522.

[30] Jedlicki a. a. O. S. 522: »Mit Recht stellt Prof. Brackmann fest, daß sich hier die kuriale Missionstheorie durchgesetzt hat. Er kann jedoch nicht die eigentlichen Motive angeben, welche die Änderung der päpstlichen Politik verursachten, eine Änderung, die um so mehr auffallen muß, da der neue Papst Johann XIII. Otto I. gegenüber zu großem Dank für die ihm erteilte Hilfe verpflichtet war. Meines Erachtens kann man sie nur mit der Initiative Mieszkos erklären, der inzwischen, wahrscheinlich im Jahre 966, beim Papst mit der Gründung eines von Deutschland unabhängigen Bistums durchgedrungen war.« Diese Auffassung entspricht übrigens der herrschenden Ansicht.

päpstlichen Stuhl verholfen hatte. Dabei ist jedoch von ihm nicht berücksichtigt worden, daß gerade dieser Johann XIII. zu der antikaiserlichen Partei in Rom gehörte[31]. Erst kürzlich hat Martin Lintzel diese politische Einstellung des Papstes durch neue Beobachtungen zur Geschichte Johanns XIII. über allen Zweifel erhoben; denn er wies nach, daß der Papst schon als Kardinal auf der antikaiserlichen Seite stand und noch nach seiner Wahl zum Papst römisch-kuriale Politik trieb, soweit das angesichts der Machtstellung Ottos I. möglich war[32]. Dieser antikaiserlich gesinnte Papst bedurfte daher sicherlich keines Antriebes von polnischer Seite, um sich in der Angelegenheit des neuen polnischen Missionsbistums gegen den Kaiser zu entscheiden. Seine Entscheidung mußte schon durch die kuriale Missionstheorie bestimmt werden, die sich an der Kurie von Generation zu Generation vererbte und im 9. Jahrhundert unter Nicolaus I. und seinen Nachfolgern bereits in der Mährenmission mit starkem Erfolg vertreten wurde. Dabei soll natürlich nicht bestritten werden, daß der Übertritt Mieszkos zum Christentum der Kurie eine günstige Lage schuf, die es ihr ermöglichte, die Unterstellung des Bistums Posen unter ein deutsches Erzbistum zu verhindern.

Mit diesen Betrachtungen dürfen wir daher auch für diesen Abschnitt deutscher Slavenpolitik feststellen, daß die Entwicklung im Osten durch die allgemeine politische Lage ganz entscheidend bestimmt wurde. Mieszko war damals, als Magdeburg und Posen begründet wurden, nur eine mehr nebensächliche Figur auf dem politischen Schachbrett Europas; die Führung hatten die beiden Häupter der Christenheit, der Kaiser und der Papst. Die alles überragende Persönlichkeit war jedoch der Kaiser. Obwohl Otto I. aus irgendeinem Grunde[33] 967 in Ravenna dem Papste nachgab und duldete, daß das polnische Missionsbistum Posen dem deutschen Erzbistum Magdeburg nicht unterstellt wurde, dachte er gleichwohl nicht im entferntesten daran, dem Papste oder dem Polenherzog die Führung zu überlassen. Den besten Beweis liefert der große Reichstag zu Quedlinburg im März 973. Auf ihm erschienen bekanntlich auf Befehl des Kaisers »die Herzöge von Polen und Böhmen[34]«. Über die Verhandlungen, die Otto mit ihnen führte, erfahren wir aus Thietmars Bericht nichts. Wohl aber können wir durch Vergleich

[31] Hauck, Kirchengeschichte Deutschlands [3.4] III 238 und meine Bemerkungen in: Historische Zeitschrift 134 (1926) S. 249f.

[32] Zur Geschichte Ottos des Großen. Drei Miszellen, in: MÖJG. XLVIII (1934), S. 432 bis 434 (III: Johann XIII.).

[33] Vielleicht aus Rücksicht auf die damals noch lebenden Gegner der Magdeburger Gründung, den Erzbischof Wilhelm von Mainz und den Bischof Bernhard von Halberstadt; vgl. Sitzungsberichte 1934, XXIX, S. 997 Anm. 4.

[34] Vgl. Historische Zeitschrift 134 (1926) S. 254f. und die dort zitierten Untersuchungen von Hans Spangenberg und Robert Holtzmann. Zuletzt hat sich Bernhard Stasiewski ausführlich mit dem Privileg Heinrichs IV. für Prag aus dem Jahre 1086 beschäftigt, das die Nachricht von der Gründung des Bistums durch Otto I. und Papst Benedict VI. enthält (Untersuchungen S. 118—171).

mit den Angaben des Privilegs Heinrichs IV. für Prag aus dem Jahre 1086 feststellen, daß damals 973 das Bistum Prag durch »Papst Benedict (VI) und Kaiser Otto I« begründet wurde[35]. Ich wiederhole hier, was ich schon im Jahre 1926 darlegte. Am 6. September 972 war Papst Johann XIII. gestorben und bald darauf (Ende 972) Benedict VI. auf den päpstlichen Stuhl erhoben worden. Damit war diejenige Persönlichkeit vom Schauplatz abgetreten, die einer Eingliederung der Slavengebiete in die deutsche Kirche widerstrebt hatte. Die Gründung des Bistums Prag und seine Unterstellung unter Mainz im Jahre 973 zeigt, daß der neue Papst anders eingestellt war. Mit der Eingliederung Böhmens in die deutsche Kirche war zugleich eine Bresche in das kuriale Missionssystem gelegt. Was hätte näher gelegen, als auch das Missionsbistum Posen einem deutschen Erzbistum zu unterstellen! Thietmar von Merseburg und die Magdeburger Überlieferung haben mit Bestimmtheit erklärt, daß das bereits 968 geschehen sei. Wir wissen heute, daß der Plan damals nicht verwirklicht wurde, weil der Papst sich versagte. Vielleicht ist in Quedlinburg auch darüber verhandelt worden, ob das nunmehr geändert werden sollte. Der Tod Ottos I. am 7. Mai 973 hat weitere Verhandlungen mit Polen verhindert.

Für die sonstigen Pläne, die damals in Quedlinburg besprochen wurden, darf ich auf meine früheren Ausführungen verweisen[36]. Der Quedlinburger Reichstag bedeutet mit den Verhandlungen über die Eingliederung der polnischen, der böhmischen und auch der ungarischen[37] Kirche den Höhepunkt der Slavenpolitik Ottos I. Wie er auf die Slavenfürsten gewirkt hat, sehen wir an der Reaktion nach Ottos Tode. Wir wissen, daß sich die Herzöge von Böhmen und Polen im Jahre 974 an dem Aufstande Herzog Heinrichs II. von Bayern gegen Otto II. beteiligten[38], und wir dürfen vielleicht auch die Fälschungen des Bischofs Piligrim von Passau als ein Anzeichen dafür betrachten, daß es nach dem Tode Ottos I. galt, Ungarn auf irgendeine Weise gegen ungarische Selbständigkeitsbestrebungen zu sichern. Bezeichnend ist ferner die Nachricht, daß der Polenherzog im Jahre 974 eine Gesandtschaft nach Rom geschickt habe, die dem Papste die Haare seines 7jährigen Sohnes Boleslav überbringen sollte. Über die Bedeutung dieses Aktes ist jüngst nicht mit Unrecht behauptet worden, daß er als ein Zeichen für die Unterstellung

[35] Den Text des Privilegs druckt Stasiewski, Untersuchungen S. 127f. Anm. 47.

[36] Historische Zeitschrift 134 (1926) S. 254f.

[37] Die Frage der Begründung der ungarischen Kirche bedarf einer besonderen Untersuchung. Es sei hier nur darauf hingewiesen, daß die Angabe im Schreiben Piligrims, in Pannonien und Mösien habe es einst sieben Bischöfe gegeben, von denen vier zur Zeit der Ungarnherrschaft in Mähren geblieben seien, mit der Nachricht im Privileg Heinrichs IV. für Prag zusammengehalten werden muß, daß die Diözese Prag bei der Gründung durch Benedict VI. und Otto I. Böhmen und Mähren umfaßt habe. Man muß annehmen, daß Bischof Piligrim damit wie mit seinen bekannten Fälschungen die Unterordnung Mährens unter Prag verhindern und es für die von ihm geplante Erzdiözese Lorch gewinnen wollte.

[38] Mon. Germ. Script. XX S. 787; vgl. K. Uhlirz, Jahrbücher S. 54 Anm. 17.

des Polenherzogs unter päpstlichen Schutz zu gelten habe[39]. Dann würde auch diese Nachricht zu dem Schluß berechtigen, daß Mieszko unmittelbar nach den Verhandlungen in Quedlinburg den Tod Ottos I. benutzte, um die drohende Gefahr der Eingliederung Polens in die deutsche Kirche durch engeren Anschluß an die Kurie abzuwenden. Aber wir dürfen sofort feststellen, daß Mieszko seine Ergebenheitserklärung zu sehr ungünstiger Zeit nach Rom sandte. Im Juni 974 wurde der kaiserfreundliche Papst Benedict VI. von den Crescentiern abgesetzt und im Juli ermordet, und als der kaiserfeindliche Gegenpapst Bonifatius VII. von dem kaiserlichen Missus noch im Juli aus Rom vertrieben wurde, kam mit Benedict VII. wiederum ein Papst auf den Thron, der in der Slavenmission völlig mit dem Kaiser ging (974 bis 983)[40]. Damit wird es zu erklären sein, daß wir von einem Erfolge Mieszkos nichts hören.

IV.

Das Bild, das wir von diesem dritten Abschnitt der deutschen Slavenpolitik gewinnen, ist also ein ganz einheitliches: sie richtet sich in dieser Zeit auf die Eingliederung der ganzen Slavenwelt in die deutsche Kirche und sucht das Ziel durch Begründung jenes Netzes von Missionsbistümern zu erreichen, von dem vorher die Rede war, zeitweise gegen den Widerstand der Kurie, zuletzt mit ihrer Hilfe, aber das Ziel wurde nicht erreicht, eben weil der Tod des Kaisers die noch schwebenden Verhandlungen unterbrach. Otto II. setzte diese Politik fort und vervollständigte sie nach einer doppelten Richtung: 1. er verstärkte die Missionsbasis in Sachsen durch Gründung einer Reihe großer Klöster (Nienburg 975, Alsleben und Memleben 979) und durch Privilegierung sächsischer Klöster, wobei ihm Papst Benedict VII. Beistand leistete[41]; 2. er verlieh aber auch Würzburg wieder ein Privileg und sorgte dafür, was bisher nicht beachtet wurde, daß Benedict VII. bei der Neugründung des ehemaligen Andreasklosters in Würzburg, fortan St. Burchard genannt, mitwirkte, das alsbald eine Rolle in der Slavenmission spielte[42]. Was ihn dazu veranlaßte, Würzburg wieder stärker zu berücksichtigen, dürfte seine Erklärung in der eben erwähnten gefährlichen Lage des Jahres 974 finden, als sich Herzog Heinrich II. von Bayern mit Mieszko und dem Böhmenherzog Boleslav verbündete. In dem Augenblicke, in dem Polen, Böhmen und Bayern der Reichsregierung opponierten, mußte die Etappe Würzburg wieder eine erhöhte Be-

[39] Vgl. die Ausführungen von B. Stasiewski, Untersuchungen S. 105—107.

[40] K. Uhlirz, Jahrbücher S. 57ff.

[41] Benedict VII. privilegierte Corvey (JL. 3806), Magdeburg (JL. 3808), Nienburg (JL. 3818), Arneburg (JL. 3819), Alsleben (Gött. Nachrichten 1902 S. 202—206), Memleben (Stengel, Diplomatik der deutschen Immunitätsprivilegien S. 685).

[42] Darüber wird Marcel Beck demnächst in: Studien und Vorarbeiten zur Germ. Pontif. III ausführlich handeln; vgl. Germ. Pontif. III 178 (Episc. Wirciburgen. nr.* 7).

deutung gewinnen, und es ist sicherlich kein Zufall, daß Otto II. den Bischof Poppo von Würzburg damals als Gesandten an Herzog Heinrich von Bayern sandte, um ihn vor sein Gericht zu laden[43]. Wenn die Missionsfront von Posen über Prag nach Bayern ins Wanken geriet, war die von Slaven besiedelte mittlere und obere Maingegend besonders stark gefährdet. Deshalb konnte es nötig erscheinen, die Stellung Würzburgs als Missionszentrums und deutschen Vorpostens gegenüber dem Slaventum wieder zu festigen. Ganz deutlich mußte die Gefahr zutage treten, als sich bald nach der Niederlage Ottos II. bei Cotrone die ganze Slavenwelt des Nordostens gegen die Reichsregierung erhob und seit 983 die Anfänge der kirchlichen Organisation im Osten vernichtete. Die Rückwirkung auf Würzburg ist unverkennbar. Wie schon Otto II., so privilegierte auch Otto III. das Bistum in reichstem Maße[44], in der offenbaren Absicht, es für seine Missionsaufgabe im Osten wieder zu stärken. Er fand dabei in dem Bischof Hugo (983—990) einen besonders geeigneten Gehilfen, der schon am Hofe Ottos II. eine große Rolle gespielt und auch in den schwierigen Anfängen Ottos III. dem Reichsregiment treu zur Seite gestanden hatte. Vor allem aber dürfen wir den Papst Benedict VII. als Förderer der Slavenmission bewerten. Ich erwähnte schon seine Privilegierung der sächsischen Klöster und seine Mitwirkung bei der Neubegründung von St. Andreas und St. Burchard in Würzburg. Er hat die Slavenmission aber auf eine noch ganz andere Grundlage zu stellen versucht. Er war der zweite Begründer des bekannten Klosters St. Bonifatii und Alexii auf dem Aventin in Rom. Es ist bisher zu wenig beachtet, daß er in dieses Kloster griechische Mönche einführte, d. h. Mönche, die den Osten kannten, daß in demselben Kloster der Tscheche Wojtech, der heilige Adalbert, der 983 zweiter Bischof von Prag wurde, von 990—992 und 993—996 Aufnahme fand, daß neben ihm sein Bruder Gaudentius (Radim) als Mönch lebte[45], der erste Erzbischof von Gnesen, daß dort auch der Biograph des heiligen Adalbert, Brun von Querfurt, der spätere Apostel der Preußen, Ljutizen, Ungarn und Russen, weilte[46], und daß Břevnow, eines der ältesten Klöster der Diözese Prag, den heiligen Bonifatius und Alexius geweiht war[47]. Das sieht fast so aus, als ob diese Gründung Benedicts VII. als eine römische Bildungsanstalt für die Slavenmission beabsichtigt war, und damit würde sich das Bild des Papstes in einer Weise abrunden, daß wir berechtigt

---

[43] Vgl. K. Uhlirz, a. a. O. S. 53f.

[44] Über die Schenkungen Ottos III. wird Marcel Beck ausführlich handeln. Vgl. über die besondere Begünstigung Würzburgs durch Otto III. auch S. Hirsch, Jahrbücher des Deutschen Reichs unter Heinrich II. Bd. II S. 50—59.

[45] Vita s. Adalberti auctore Johanne Canapario c. 16 (Mon. Germ. Script. IV 588); vgl. Hauck, Kirchengeschichte Deutschlands[3.4] III 272.

[46] Vgl. S. Hirsch, Jahrbücher des Deutschen Reichs unter Heinrich II. Bd. II S. 263.

[47] Vgl. Hauck[3.4] III 1023.

wären, von dem päpstlichen Plan einer umfassenden Organisation der Slavenmission zu reden.

Diese eigenartige Organisation der Slavenmission zeigt aber zugleich, daß in der Zeit Ottos III. andere Gedanken richtunggebend waren als zur Zeit Ottos I. Das erste Zeichen einer völligen Wandlung in der Slavenpolitik war die Übereignung der polnischen Kirche an die römische Kurie um 990, zur Zeit der vormundschaftlichen Reichsregierung der Theophanu. Ich brauche auf diesen Akt hier nicht noch einmal einzugehen und darf auf meine früheren Ausführungen verweisen[48]. Die weitere Entwicklung wird durch den inzwischen mündig gewordenen Otto III. selbst bestimmt. Die im Kloster St. Bonifatii und Alexii in Rom lebenden Mönche gehörten den verschiedensten Völkern an. Diese internationale Gesellschaft fügte sich vortrefflich in die Gedankenwelt des damaligen Rom ein, in dem die von Otto III. und seinen Ratgebern gepflegte Vorstellung von der »Renovatio imperii Romanorum« dominierte[49]. Sie gestaltete mit innerer Notwendigkeit auch das Wesen der ottonischen Slavenpolitik um. Der Gedanke der Eingliederung der bereits bekehrten oder noch zu bekehrenden Slavenvölker in die deutsche Kirche mußte dem Gedanken einer Eingliederung der organisierten slavischen Kirchen in das »Imperium« Platz machen. An die Stelle der deutschen Erzdiözesen mit slavischen Suffraganbistümern (Posen, Prag) traten slavische Erzdiözesen, die der einheitlich von Kaiser und Papst geleiteten »una, sancta, catholica et apostolica Ecclesia« unterstellt werden sollten (Gnesen, Gran). Die Universalität des fränkisch-deutschen Weltreiches sollte abgelöst werden durch die Universalität des erneuerten römischen Imperiums, als dessen Hauptstädte Rom und Aachen (und Byzanz?) gedacht waren[50].

Von dieser Gedankenwelt aus muß auch die Gründung des Erzbistums Gnesen gewürdigt werden. Jedlicki legt dabei der Frage, ob Otto III. allein oder Kaiser und Papst zusammen für die Gründung verantwortlich seien, entscheidende Bedeutung bei, aber darin kann ich ihm nicht folgen. Ich habe nie bestritten, daß Papst Silvester II. bei der Gründung Gnesens mitgewirkt hat[51]. Allein es kann kein Zweifel bestehen — darin stimmen die

[48] »Die Anfänge des polnischen Staates« in den Sitzungsberichten 1934 XXIX S. 1002f. Den Bemerkungen gegenüber, die Jedlicki über den Dagone-Judex-Akt macht, darf ich darauf hinweisen, daß damals um 990 für die Haltung der vormundschaftlichen Reichsregierung nicht das kirchenpolitische Interesse maßgebend war, sondern das politische des Kampfes gegen die heidnische Slavenwelt. Damit erledigen sich wohl seine Einwendungen.

[49] Vgl. Percy Ernst Schramm, Kaiser, Rom und Renovatio III, Leipzig 1929.

[50] Über die Pflege der karolingischen Tradition und Aachens als der Karlsstadt vgl. Schramm I S. 93; über Ottos Einstellung gegenüber Byzanz vgl. Schramm I S. 100ff. Die Vorstellung von Rom als »caput mundi« schloß wenigstens grundsätzlich den Gedanken einer späteren Unterordnung von Byzanz in sich.

[51] Ich verweise auf Sitzungsberichte 1934, XXIX, S. 1005, wo ich ausdrücklich die Nachricht der Annales Hild. zitiert habe, daß die Gründung »licentia Romani pontificis« geschehen sei (S. 1005 Anm. 6); ich habe dort auch auf die Ordination des Gaudentius zum Erzbischof und die Entsendung päpstlicher Vertreter nach Gnesen hingewiesen.

polnischen und deutschen Nachrichten völlig überein —, daß der Kaiser in Gnesen die Führung hatte. Das lag, um von allem anderen abzusehen, schon in der Richtung der karolingischen Tradition, die Otto III. so nachdrücklich vertrat[52]. Der Verlauf der Gnesener Gründungsaktion entsprach durchaus dem Hergang bei dem Gründungsakte des Erzbistums Salzburg. Gerade wenn Jedlicki mir in der Ansicht zustimmt, daß der Kaiser dem Boleslav Chrobry in Gnesen die Würde eines »patricius« übertragen habe, und wenn er, worin ich ihm nicht folgen kann, in diesem Gnesener Akt sogar die Anerkennung der vollen Unabhängigkeit des Polenherzogs erblickt[53], muß er folgerichtig der Aktion des Kaisers eine überragende Bedeutung zubilligen. Zweifellos darf man den Einfluß Gerberts auf den jugendlichen Kaiser nicht unterschätzen, und es ist auch sicherlich richtig, daß Otto wie seine Ratgeber an der Zwei-Gewalten-Lehre des Gelasius grundsätzlich festhielten, aber ich möchte das tatsächliche Verhältnis der beiden Persönlichkeiten zueinander klarer durch die beiden Vergleiche gekennzeichnet wissen, die Schramm in seiner Darstellung gebraucht hat: der junge ehrgeizige, von großen Gedanken erfüllte Sachsenkaiser hatte in Gerbert seinen Aristoteles gefunden und hatte diesen geistvollen Franzosen nach Sachsen gerufen, wie viele Jahrhunderte später der große Preußenkönig einen anderen geistsprühenden Philosophen an den bis dahin der Musen entbehrenden Berliner Hof[54]. Die Politik aber machte der Kaiser selbst. Er hat sich in Gnesen weder vom Papst noch vom Polenherzog leiten lassen. Die Gnesener Aktion fügt sich völlig in das Weltbild ein, das Otto sich gebildet hatte: wie einst sein Vorbild Karl der Große es in seinem Programm gegenüber Leo III. formuliert hatte[55], daß der Kaiser das Gebiet des politischen Handelns einschließlich der Schirmherrschaft über den katholischen Glauben zu betreuen habe, der Papst sich auf sein geistliches Amt beschränken müsse, so herrschte auch im Kreise Ottos III. die Auffassung, die sein Ratgeber Bischof Leo von Vercelli in die Worte kleidete, daß der Kaiser das Schwert gebrauchen, der Papst das Wort ertönen lassen solle. Zu diesem Kreise aber gehörte auch Papst Silvester II., der dem jugendlichen Otto immer wieder eingeschärft hatte, daß er als Kaiser dazu berufen sei, Kriegsruhm zu erwerben und aktive Politik zu treiben[56]. Eine solche Auffassung schloß die Mitwirkung des Papstes nicht aus[57], aber sie beschränkte ihn auf das

---

[52] Vgl. Schramm I S. 68ff. [53] Jedlicki in: Historische Zeitschrift 152 (1935) S. 527.

[54] Schramm I S. 97; Schramm will damit natürlich nicht Gerbert und Voltaire in Parallele setzen; vgl. übrigens auch die sehr richtige Bemerkung Schramms (I S. 126): »Wenn nun auch eine genaue Parallelität der beiden Gewalten von Leo (von Vercelli) beabsichtigt war, so kommt doch ungewollt in den Versen die tatsächliche Überlegenheit des Kaisers zum Ausdruck...«.

[55] Vgl. meinen Aufsatz: Die Anfänge der Slavenmission und die »Renovatio imperii« des Jahres 800 in Sitzungsberichte 1931, IX, S. 73ff.

[56] Vgl. auch meinen Aufsatz in: Sitzungsberichte 1932, XVII, S. 361f.

[57] Wenn Jedlicki in: Historische Zeitschrift 152 (1935) S. 525 meine Auffassung von der politischen Führung des Kaisers ablehnt und statt dessen von einer »sehr engen Zusammenarbeit«

Gebiet, das ihm zukam. In der klugen Zurückhaltung Silvesters II. gegenüber dem selbstbewußten Kaiser beruht dessen Größe und dessen Erfolg, der dadurch gekennzeichnet wird, daß es zu keinem Konflikt kam.

Aus dieser Eigenart der kaiserlichen Weltanschauung erklärt sich aber auch Ottos Verhältnis zum Polenherzog. Das Auftreten des Kaisers in Polen entsprach durchaus der grundsätzlichen Anschauung vom Wesen des »Imperium Romanorum«, wie es Gerbert in der oft zitierten Einleitung zu seinem »Libellus de rationali et ratione uti« entwickelte[58]: Der römische Kaiser ist der Herrscher der Welt; ihm gehorchen Italien, Gallien[59], Germanien und die Scythen oder Slaven; ihre Fürsten sind, um einen Ausdruck der Stauferzeit zu gebrauchen, die »reguli«, die dem Kaiser zu gehorchen haben. Auch der Polenherzog hat sich dieser Anschauung gefügt. Die Art, wie er ihn an der Grenze seines Landes empfing, wie er ihm in Gnesen huldigte und wie er von ihm das Diadem entgegennahm, wie er ihm 300 Gewappnete als Ehrengeleit mitgab und ihn selbst bis nach Magdeburg begleitete[60], zeigt, daß hier ein nachgeordneter Fürst seinem Souverän huldigte. Die Richtigkeit dieser Auffassung wird auch durch die Rede Ottos III. bezeugt, die er nach dem Zeugnis Thangmars den Römern von der Engelsburg aus hielt: »ich habe euch«, so rief er ihnen zu, »in die fernsten Teile unseres Reiches (d. h. nach Polen) geführt, wohin selbst eure Väter, als sie den Erdkreis ihrer Herrschaft unterworfen hatten, niemals ihren Fuß gesetzt haben«[61]. Deutlicher konnte es nicht gesagt werden, daß Polen dem Reiche unterworfen sei. Von einer »Unabhängigkeitserklärung Polens« durch Otto III. kann nicht geredet werden[62]. Wenn der Akt der Überreichung der St. Mauritius-Lanze an Boleslav durch den Kaiser in Gnesen schon von dem Gallus Anonymus selbst, dem einzigen Geschichtsschreiber, der davon — allerdings erst im 12. Jahrhundert — be-

---

der beiden Häupter der Christenheit redet, so möchte ich demgegenüber betonen, daß ich die Tatsache der Zusammenarbeit nie bestritten habe, aber angesichts der zahlreichen Zeugnisse, die Schramm I S. 133—135, über die Eigenwilligkeit und das starke Selbstbewußtsein des Kaisers zusammengestellt hat, ist es doch nicht angängig, von einem »Ideal der Zusammenarbeit« zu reden. Das verbietet schon, um von allen anderen Zeugnissen zu schweigen, der Text des kaiserlichen Diploms für die römische Kirche (Mon. Germ. Dipl. II 818, DO. III 389), den ich anders interpretiere als Jedlicki (S. 526): wenn Otto III. hier mit großer Schärfe den Anspruch der Päpste auf den Besitz des Patrimonium Petri ablehnt, wenn er seine eigene Schenkung ausdrücklich mit seiner »liberalitas« begründet und die Schenkung aus derselben »Liebe« gegenüber der Person Silvesters II. erklärt, die ihn auch veranlaßt habe, seinen Lehrer als Papst einzusetzen, so spricht aus diesen Worten ein solches Herrscherbewußtsein und eine solche Überlegenheit gegenüber der Kurie und ihren Ansprüchen, daß man unmöglich von »idealer Zusammenarbeit« reden kann. Otto respektierte in Silvester II. das geistliche Oberhaupt der Kirche, aber seine politischen Entschlüsse faßte er selbst.

[58] Vgl. Sitzungsberichte 1934, XXIX, S. 1012.

[59] Damit ist natürlich nur die alte römische Provinz »Gallia Belgica« gemeint.

[60] Thietmar Chron. lib. IV c. 45f. (ed. Kurze S. 89f.; ed. R. Holtzmann S. 182—184).

[61] Thangmari Vita Bernwardi ep. c. 25 (Mon. Germ. Script. IV 770); vgl. Schramm I 178.

[62] Vgl. auch die Ausführungen von Konrad Schünemann, Ungarn in der Missions- und Kirchenpolitik der sächsischen Kaiser, in: Deutsch-Ungarische Heimatsblätter I (1929) S. 8.

BIBLIOTEKA W BYDGOSZCZY
Uniwersytetu Gdańskiego BIBLIOTEKA

richtet, und nach ihm von Geschichtsforschern der Gegenwart als ein Zeichen für die Anerkennung der Unabhängigkeit des Polenherzogs gedeutet wird, so muß diese Deutung angesichts der nicht mißzuverstehenden gleichzeitigen Zeugnisse als unzutreffend bezeichnet werden. Polen blieb auch nach dem Gnesener Akte dem Deutschen Reiche unterstellt[63]. Dafür spricht auch die von Thietmar überlieferte Äußerung des Boleslav nach dem Tode des Kaisers und nach seinem Aufstande, die er gegenüber den Bewohnern des von ihm eroberten deutschen Gebietes tat: er handle im Einverständnis mit Herzog Heinrich, dem kommenden deutschen Könige, und werde sich, wenn dieser König geworden sei, dessen Willen in allem fügen[64].

V.

Eine abermalige Wandlung der Slavenpolitik brachte der Tod Ottos III. am 23. Januar 1002. Der Angriff des Boleslav Chrobry auf Bautzen und Meißen, seine Eroberung Böhmens im Jahre 1003 und sein Bund mit dem Grafen von Schweinfurt, dem Markgrafen der Nordmark, schufen eine ganz neue Lage.

[63] Gegen die drei Gründe, die Jedlicki (Hist. Zeitschrift 152 S. 528f.) für seine Auffassung von der in Gnesen erfolgten Unabhängigkeitserklärung Polens durch den Kaiser anführt, habe ich als Gegengründe anzuführen:

1. Wenn der Gallus Anonymus sagt, daß der Kaiser dem Boleslav das Recht der Investitur überwiesen habe, also ein Recht, das nur unabhängige Herrscher besitzen dürften, so darf ich etwa an das Beispiel Heinrichs des Löwen erinnern, der für sein Kolonial- und Missionsgebiet im Jahre 1154 durch Friedrich Barbarossa das Recht erhielt »ut in provincia ultra Albim ... episcopatus et ecclesias ad dilatandum christiani nominis imperium instituat« ... Und weiterhin: »ipsi ... concedimus investituram trium episcopatuum Aldenburc, Michelinburc, Racezburg ...« (Mon. Germ. Const. I 206 n. 147). Auch Jedlicki aber wird nicht behaupten, daß Heinrich der Löwe durch diesen Akt vom Reiche unabhängig geworden sei.
2. Die Stelle in den Annales Quedlinburgenses (Mon. Germ. Script. III 77), die Jedlicki als einen Erlaß des vom Polenherzog bisher gezahlten Tributes seitens des Kaisers und als ein äußeres Zeichen der Unabhängigkeitserklärung auffaßt, lautet: Ibi summo conanime a duce Sclavonico Bolizlavone susceptus, xeniis omnigeni census ubique terrarum studiosissime quaesiti obsequialiter donatur; licet nihil tunc temporis ex his acceperit, quippe qui non rapiendi nec sumendi, sed dandi et orandi causa eo loci adventasset.« Diese Stelle kann aber doch nur so interpretiert werden, daß Boleslav in Gnesen eine Menge Geld, das er eifrigst im ganzen Lande gesammelt hatte, dem Kaiser als »Gastgeschenk« (xenia) überreichte, dieser aber das Geld nicht annahm, weil er nur um anzubeten, nicht «um zu rauben oder zu nehmen« nach Gnesen gekommen sei. Daraus kann man doch unmöglich auf den Akt einer »Unabhängigkeitserklärung« schließen.
3. Die Stelle bei Thietmar V c. 10, die Jedlicki als drittes Zeugnis für seine Auffassung anführt, lautet: »Deus indulgeat (huic) imperatori, quod tributarium faciens (Sclavum) dominum ad hoc umquam elevavit (erexit) ut, oblita sui genitoris regula, semper sibi praepositos (oder: suo capiti semper praelatos) auderet in subiectionem paulatim (oder aliquatenus in subiectionem suam) detrahere ...« (ed. Kurze S. 113; ed. R. Holtzmann S. 232f.). Hier will Thietmar nur seiner Empörung darüber Ausdruck geben, daß Otto III. einen tributpflichtigen Mann so sehr erhöht habe, daß dieser wagte, die ihm früher vorgesetzten Männer sich zu unterwerfen. Das bezieht sich auf den im vorigen Kapitel geschilderten Einfall in die Mark des Markgrafen Gero und die Eroberung von Bautzen, bedeutet aber noch nicht die Erhebung des bisher tributpflichtigen Polenherzogs zum »unabhängigen« Herrscher. Ich muß also bei meiner Auffassung der Gnesener Vorgänge bleiben.

[64] Thietmari Chron. V c. 10 (ed. Kurze S. 113; ed. R. Holtzmann, S. 232f.).

Bisher hatten sich die kriegerischen Auseinandersetzungen mit den Slaven überwiegend in den Elb- und Odergebieten vollzogen. Jetzt wurden durch das Bündnis des Polenherzogs mit den Markgrafen der Nordmark plötzlich und völlig überraschend die Gebiete vom Obermain, der Rednitz und Pegnitz bis zur Naab und zum Regen in den Vordergrund gerückt. An die Stelle Würzburgs war hier unter Otto I. die Nordmark getreten; durch ihre Begründung hatten diese Gebiete als gesichert gegolten. Das Geschlecht der Grafen von Schweinfurt, das die Nordmark verwaltete, war durch die Gunst der Ottonen hochgekommen, die sie als Gegenspieler gegen die bayerischen Herzöge und als Grenzwächter nach Böhmen hin mit den Grafschaften im Radenz- und Nordgau und mit der Grafschaft im Volkfeld ausgestattet hatten[65]. Damit hatten diese Markgrafen tatsächlich eine der alten Aufgaben des Bistums Würzburg übernommen, nämlich Vorposten des Reiches im Osten zu sein. Wenn sie sich 1003 mit dem Polenherzog gegen das Königtum verbündeten[66], so mußte das dem deutschen Könige und seinen Staatsmännern die Erkenntnis vermitteln, daß die Nordmark unter den Schweinfurter Grafen als Vorposten des Reiches versagt hatte. Wie hoch die Gefahr vom Könige eingeschätzt wurde, zeigen die beiden Maßnahmen, die er ergriff:

1. In jähem Wechsel der Politik schloß er Ostern 1003 in Quedlinburg mit den bisherigen erbitterten Feinden des Deutschen Reiches, den heidnischen Ljutizen, Frieden und machte sie, wie Thietmar sich ausdrückt, »de inimicis familiarissimos«[67]. Das Entsetzen der Frommen im deutschen Lande beweist dafür, daß der Akt als etwas ganz Außergewöhnliches empfunden wurde[68].

2. Für die Lage aber ist noch kennzeichnender, daß Heinrich II. sich entschloß, den Kampf gegen Boleslav und seinen Verbündeten in der Nordmark zu beginnen. Von Regensburg aus zog er Anfang Juli 1003 gegen den Markgrafen und zwang ihn in raschem Feldzuge zur Unterwerfung. Wenn er in dieser Schicksalsstunde für das Deutschtum im Osten, als Polen, Böhmen und die deutsche Nordmark gegen die Reichsregierung standen, als sich im Norden das gewaltige Reich Knuds des Großen bildete, trotzdem den Hauptstoß südlich des Main ansetzte, so muß er diese Stelle als die gefährlichste empfunden haben. Man ersieht das auch aus den weiteren Maßnahmen: die Markgrafschaft der Nordmark wurde aufgelöst, die Grafschaften wurden verteilt, die

---

[65] Vgl. K. Uhlirz, Jahrbücher S. 52 (DO. I 217. 219; DO. II 44) und von Guttenberg, Grundzüge S. 20ff.; Die Territorienbildung S. 70ff.

[66] Der Markgraf Heinrich hatte schon um die Mitte des Jahres 1002 mit Boleslav verhandelt und zu Anfang 1003 den offenen Abfall vollzogen; vgl. S. Hirsch, Jahrbücher des Deutschen Reichs unter Heinrich II., Bd. I S. 255 Anm. 5; von Guttenberg, Grundzüge S. 24f., Die Territorienbildung S. 71f.

[67] Thietmar Chron. V c. 31 (ed. Kurze S. 124; ed. R. Holtzmann S. 257).

[68] Vgl. Hauck, Kirchengeschichte Deutschlands $^{3.4}$ III S. 629f.

Burg Schweinfurt geschleift[69]. Der Versuch, an dieser Stelle einen Markgrafen anzusetzen, wurde als unzweckmäßig aufgegeben. Und sofort trat als neuer Plan die Gründung des Bistums Bamberg auf. Damit kehrte Heinrich II. zur bewährten karolingischen Politik zurück, die Slaven durch Schwert und Mission zu gewinnen. Der Plan wurde erst 1007 verwirklicht, aber er entstand in jener schweren Not des Jahres 1003, als die Nordmark versagt hatte. Die Ansichten über die Motive der Gründung Bambergs gehen heute auseinander. Jüngst ist von einem der besten Kenner der fränkischen Geschichte die Meinung vertreten, daß das Bistum wesentlich aus politischen Erwägungen gegründet worden sei, als Gegengewicht gegen die auch nach der Begnadigung des Markgrafen immer noch ansehnliche Besitzmasse der Schweinfurter Grafen[70], aber dieses Motiv war nur eins neben anderen. Zweifellos wirkte in erster Linie die Überlegung mit, daß das Reich schwerster Gefahr ausgesetzt wäre, wenn es gleichzeitig im Nordosten und Südosten angegriffen würde. Die im Ostteil der Diözese Würzburg — von der das neue Bistum abgetrennt wurde — befindlichen Slavensiedlungen mögen an sich keine politische Bedeutung besessen haben, aber sie gewannen sie in dem Augenblick, in dem sie mit den Slaven Böhmens und Polens in engere Fühlung traten. Hier sollte durch ein starkes geistliches Fürstentum, das der Front näher lag, ein Riegel vorgeschoben werden. Neben diesen politischen Gründen hat aber auch die Notwendigkeit der Mission unter den Mainslaven und die Notwendigkeit einer deutschen Besiedelung des Landes mitgewirkt[71]. Der Beweis liegt in der Ausstattung des neuen Bistums. Sie zeigt deutlich, daß ihm schon bei seiner Gründung die Aufgabe der Kolonisation des unbebauten Landes zugewiesen wurde. Die vom König im Bereich der neuen Diözese geschenkten Orte sind an Main und Regnitz aufgereiht als Ausgangspunkte für die Kolonisation nach dem Osten. Nach dem Gebiete zwischen Main und Regnitz einerseits und dem Frankenwald-Fichtelgebirge und dem Fränkischen Jura andererseits erstreckte sich also die große kolonisatorische Aufgabe des neuen Bistums. Tatsächlich hat die Gründung ihren Zweck erfüllt. Sie hat es verhindert, daß sich die Gefahr des Jahres 1003 wiederholte. Bamberg löste Würzburg als Missions- und Kolonisationsmittelpunkt und als Vorposten des Reiches im

---

[69] S. Hirsch, Jahrbücher I S. 269f.; von Guttenberg, Grundzüge S. 25; Die Territorienbildung S. 71.

[70] von Guttenberg, Grundzüge S. 25f. und »Das Gründungsprivileg Johannes XVIII. für das Bistum Bamberg« in: Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte IV (1931) S. 454ff.

[71] von Guttenberg steht dem Slavenbekehrungsmotiv skeptisch gegenüber und vertritt die Ansicht, daß es erst später durch den König in den Vordergrund gerückt sei, als der hartnäckige Widerstand des Würzburger Bischofs gegen die Gründung des Bistums Bamberg das Gründungswerk gefährdete (Das Gründungsprivileg Johanns XVIII. S. 455), aber die Gründe, die Heinrich Büttner für den Missionscharakter der Gründung anzuführen weiß (Studien und Vorarbeiten III), sind doch so beachtenswert, daß an diesem Charakter nicht gezweifelt werden kann.

Osten ab, mit seinen Besitzungen nicht nur in das Land am Main, sondern weit darüber hinaus in die Regensburger und Passauer Diözesen, ja bis nach Kärnten reichend. Fortan haben die Würzburger Bischöfe ihre Politik ganz darauf konzentriert, ihr Territorium zu festigen und auszudehnen. Am Ende dieser Entwicklung steht die Annahme des Herzogtitels durch die Bischöfe, der das äußere Zeichen dafür war, daß Würzburg ein binnenländisches Territorium geworden war.

Wie nötig die Sicherung des Maingaus gewesen war, zeigt der Verlauf des deutsch-polnischen Krieges. Die Maßnahmen, die er dort getroffen hatte, gestatteten dem König, seine Abwehr auf Polen zu konzentrieren. Wenn er gleichwohl zunächst keinen Erfolg hatte, so lag das wiederum an der für ihn ungünstigen allgemeinen Lage. Im Norden hatte sich das Reich Knuds d. Gr. gebildet, das seit 1016 Dänemark und England umfaßte. Die Politik Knuds richtete sich aber nicht nur auf England und die Nordsee, sondern auch auf die Slaven im Ostseegebiete. Unmittelbar nach dem für Heinrich II. ungünstigen Frieden von Bautzen im Jahre 1018, in dem er die Lausitz dem Polenherzog lassen mußte, erfolgte 1019(?) der Einmarsch eines starken dänisch-englischen Heeres ins Wendenland und die vernichtende Niederlage der Ljutizen, der Bundesgenossen Heinrichs II. Knud aber, wohl der größte Herrscher, den die Normannen je gehabt haben, ein Herrscher, der gerade damals, wie Adam von Bremen berichtet[72] den Versuch machte, seine dänische Kirche vom Erzbistum Hamburg-Bremen, also aus dem Zusammenhang mit der deutschen Kirche zu lösen, — dieser Knud war der Sohn der Swiętosława (Sigrida-Storrada), der Tochter des Polenherzogs Mieszkos I., also ein Neffe des Boleslav Chrobry[73]. Selbst wenn Adam es nicht ausdrücklich berichtet hätte, müßten wir schon aus der Tatsache der Eheschließung auf ein Bündnis zwischen Knud dem Großen und Boleslav Chrobry schließen. Offenbar hängt es mit dieser politischen Rückendeckung des Polenherzogs durch den mächtigen Dänenkönig zusammen, daß Heinrich II. Polen nicht wieder zu unterwerfen vermochte und daß sich Boleslav Chrobry 1025 sogar die Königskrone aufsetzen konnte. Wie wertvoll das dänische Bündnis für Polen war, sieht man daran, daß, als sich das Bündnis mit dem Tode des Boleslav (1025) lockerte

[72] Adami Bremensis Gesta Hammaburgensis ecclesiae Pontificum II c. 55a (ed. B. Schmeidler in Script. rer. Germ. S. 115f.).

[73] Vgl. Adam von Bremen II c. 39, S. 99: »Svein (Sven Gabelbart) ... accepit uxorem Herici relictam, matrem Olaph, quae peperit ei Chnud.« Von diesem Hericus (König Erich von Schweden † 994/995) aber heißt es bei Adam II c. 35 Schol. 24 (25) S. 95: »Hericus rex Sueonum cum potentissimo rege Polanorum Bolezlao (Boleslav Chrobry) foedus iniit. Bolizlaus filiam vel sororem Herico dedit.« Thietmar VII c. 39 (ed. Kurze S. 216; ed. R. Holtzmann S. 446) aber berichtet: »Hos peperit ei Miseconis filia ducis, soror Bolizlavi successoris eius et nati.« Vgl. auch meine Bemerkung in Sitzungsberichte 1934 »XXIX«, S. 989. Wenn Kętrzyński (s. Anm. 76) davon redet, daß Polen zur Zeit Heinrichs II. schon stark genug gewesen sei, um »dessen ganzer Macht Widerstand zu leisten«, so stellt er die Tatsache dieses Bündnisses mit Knud nicht in Rechnung.

und Knud der Große es für klüger hielt, mit dem neuen deutschen Könige Konrad II. Frieden zu schließen[74], Polen nach kurzer Zeit wieder dem Reiche unterstellt wurde[75].

Mit dem Tode des Boleslav im Jahre 1025 schließt die älteste Geschichte der deutschen Slavenpolitik ab. Was im 11. Jahrhundert geschieht, ist gewissermaßen nur ein Nachspiel, und als im 12. Jahrhundert die deutsche Ostpolitik aufs neue begann, trug sie einen wesentlich anderen Charakter. Für diese älteste Zeit aber, auf die sich die bisherigen Auseinandersetzungen vor allem bezogen, dürfte nach den hier gegebenen Ausführungen nunmehr wohl ein Zweifaches feststehen: 1. Die fränkische oder karolingische Slavenpolitik sowohl wie die ottonische wurde in allen ihren Abschnitten ganz entscheidend durch die politische Gesamtlage des Reiches bestimmt. Die zahlreichen Wandlungen, die sie durchgemacht hat, erklären sich teils durch das sich ebenfalls oft genug wandelnde Verhältnis zwischen Kaiser und Papst und die damit eng zusammenhängende verschiedene Auffassung vom Imperium, teils durch das gute oder schlechte Verhältnis zu den Nachbarvölkern (Avaren und Ungarn im Südosten, Polen, Elb-Oder-Slaven im Nordosten, Normannen oder Dänen im Norden), teils durch das wechselnde Verhältnis des Reichsregiments zu den geistlichen und weltlichen Fürsten im Reich (Bayern, Markgrafen der Nordmark, Würzburg, Bamberg, Magdeburg). Es ist daher nicht richtig, das Verhältnis der germanischen und slavischen Völker in dieser Zeit auf einen einheitlichen Generalnenner von imperialistischer deutscher Eroberungspolitik und polnischer nationaler Gegenwehr zu bringen. Über den eben erwähnten politischen Interessen steht außerdem noch als nicht zu unterschätzendes Motiv der Gedanke der christlichen Mission, der die Völker zwar oft ebenfalls gegeneinander stellte, in dem sie sich aber ebenso oft zu gemeinsamem Handeln zusammenfanden. 2. Das zweite Ergebnis aber ist, daß Polen zu einer politischen Macht in Europa wurde, als seine beiden ersten Herrscher mit der deutschen Reichsregierung zusammengingen. Von polnischer Seite ist das bestritten worden[76], aber die Tatsachen sprechen für sich. Unter Mieszko I. ist Pommerellen an Polen gefallen[77], unter Boleslav Chrobry die selbständige polnische Kirche begründet, das Reich weit nach Osten hin ausgedehnt worden,

---

[74] Das berichtet Adam von Bremen II c. 56, S. 116f.: »cum rege Danorum vel Anglorum (Knud der Große) mediante archiepiscopo (Unwano Hammaburgensi) fecit (Konradus II rex) pacem«.

[75] Im Jahre 1033; vgl. Harry Bresslau, Über den Zeitpunkt der definitiven Unterwerfung Meskos II. von Polen in: Jahrbücher des Deutschen Reiches unter Konrad II. Bd. II (1884) S. 481—483.

[76] Stanisław Kętrzyński in: Niemcy i Polska. Dyskusja z powodu książki »Deutschland und Polen« S. 795—803.

[77] Über den Zeitpunkt gehen die Meinungen noch auseinander (vgl. das wertvolle Refera von Kasimierz Smogorzewski in der »Gazeta Polska« vom 24. Dez. 1935 Nr. 356), aber ich glaube, daß sich darüber bald eine Übereinstimmung herbeiführen lassen wird.

und ebenso deutlich zeigt die weitere Entwicklung, daß, sobald Boleslav Chrobry sich gegen das Deutsche Reich wandte und nach Westen vorstieß, es zwar, wahrscheinlich infolge der Rückendeckung durch Dänemark, zu einer vorübergehenden Vorherrschaft Polens im Osten kam, daß es aber sofort nach dem Tode des Boleslav infolge der Wandlung der dänischen Politik mit dem jungen Reich wieder zurückging: die polnische Kirche verfiel, weil sie den Rückhalt an der deutschen Kirche verloren hatte; der polnische Staat löste sich in einzelne Teilfürstentümer auf, und erst im 13. Jahrhundert begann, wesentlich gefördert durch die von den polnischen Fürsten veranlaßte deutsche Einwanderung, allmählich wieder eine innere Erstarkung, die auch zu äußerer Expansion führte. Man mag gegen diese Auffassung einwenden, daß sie die Entwicklung zu sehr vereinfacht, und es ist sicher, daß auch im polnischen Volk selbst Kräfte genug vorhanden waren, die bei der Aufwärtsbewegung Polens seit dem Ende des 13. Jahrhunderts in Rechnung gestellt werden müssen[78]; aber ich kann hier nur wiederholen, was ich schon früher betont habe: dem Historiker, der Vergleiche zu ziehen gewohnt ist, kann es keinen Augenblick zweifelhaft sein, daß für die Anfänge des polnischen Staates die Beziehungen zum Deutschen Reich und deutsche Aufbaukräfte ebenso entscheidend mitgewirkt haben wie etwa beim Aufbau des fränkisch-deutschen Reiches die Beziehungen zu Italien und die Kulturkräfte des alten römischen Reiches. Weder Byzanz noch die romanischen Länder haben für das junge Polen eine derartige Bedeutung gehabt wie das Deutsche Reich. Die Einwirkung jener anderen Länder war noch nicht einmal so stark wie die Wirkung der Iroschotten und der Angelsachsen auf die deutsche Entwicklung. Der deutsche Einfluß auf Polen kann in seiner Bedeutung nur mit dem Einfluß Roms und Italiens auf Deutschland verglichen werden. Jeder Versuch, die Dinge anders zu sehen, wird an der Fülle der Tatsachen scheitern müssen.

[78] Anders urteilt, wie es scheint, Kętrzyński.

Uniwersytetu Gdańskiego BIBLIOTEKA
BIBLIOTEKA
S 4913 II

Ausgegeben am 15. Januar 1936.

Berlin, gedruckt in der Reichsdruckerei.

Bekanntmachung.

Vom 1. Januar 1932 ab gelten für den Bezug der »Sitzungsberichte« der Preußischen Akademie der Wissenschaften die folgenden Bestimmungen:

1. Jede einzelne Arbeit ist wie bisher einzeln käuflich.

2. Ferner wird eine Subskription nach Fachgruppen eröffnet. Folgende Gruppen sind vorläufig in Aussicht genommen:

a) Mathematik.
b) Physik, Chemie, Mineralogie, Astronomie, Astrophysik, Technik.
c) Geophysik, Geodaesie, Geologie, Geographie.
d) Botanik, Zoologie, Palaeontologie, Anatomie, Physiologie.
e) Philosophie.
f) Geschichte des Altertums.
g) Mittlere und neuere Geschichte.
h) Kirchengeschichte.
i) Rechts- und Staatswissenschaft.
k) Allgemeine, deutsche und andere neuere Philologie.
l) Klassische Philologie.
m) Orientalische Philologie.
n) Kunstwissenschaft, Archaeologie und Vorgeschichte.

Die Subskribenten auf eine oder mehrere dieser Fachgruppen erhalten alle zu der betreffenden Gruppe gehörigen Arbeiten (einschließlich der nicht im Buchhandel erscheinenden kleinen Mitteilungen) mit einem Preisnachlaß von 20 %.

Die Subskription verpflichtet zur Abnahme aller im Laufe eines Kalenderjahres in der betreffenden Fachgruppe erscheinenden Arbeiten. Sie kann jederzeit eröffnet werden, jedoch nicht mit rückwirkender Kraft. Wird die Subskription nicht spätestens zum 1. Dezember widerrufen, so gilt sie als stillschweigend erneuert für das folgende Jahr.

Die Subskription erfolgt durch den Verlag von Walter de Gruyter & Co. in Berlin W 10, Genthiner Str. 38.

3. Endlich erscheinen die »Sitzungsberichte« auch wie bisher in Jahresbänden, und zwar getrennt in »physikalisch-mathematische Klasse« und »philosophisch-historische Klasse«. Das Abonnement auf die Jahresbände erfolgt in derselben Weise wie die Subskription auf die einzelnen Fachgruppen. Für die Abonnenten auf die Jahresbände der »Sitzungsberichte« einer einzelnen Klasse beträgt der Vorzugspreis 48 *RM* für jede Klasse, für die Abonnenten auf beide Klassen zusammen 80 *RM*. Nach Abschluß der vollständigen Jahrgänge wird ein höherer Ladenpreis festgesetzt.

Preußische Akademie der Wissenschaften.

Nie pożycza się do domu
BIBLIOTEKA
UNIWERSYTECKA
GDAŃSK

SONDERAUSGABEN
AUS DEN SITZUNGSBERICHTEN UND ABHANDLUNGEN

Verlag der Akademie der Wissenschaften
In Kommission bei Walter de Gruyter u. Co.

Bisher sind erschienen:

Brackmann, A., Dictamina zur Geschichte Friedrich Barbarossas. *SB.* 1927	*RM*	1.—
— Heinrich IV. als Politiker beim Ausbruch des Investiturstreites. *SB.* 1927	»	2.—
— Zur Geschichte der Hirsauer Reformbewegung im XII. Jahrhundert. *Abh.* 1928	»	8.50
— Die Entstehung der Andechser Wallfahrt. *Abh.* 1929	»	9.—
— Die Anfänge der Slavenmission und die Renovatio imperii des Jahres 800. *SB.* 1931	»	1.—
— Der »Römische Erneuerungsgedanke« und seine Bedeutung für die Reichspolitik der deutschen Kaiserzeit. *SB.* 1932	»	2.—
— Die Anfänge des polnischen Staates. *SB.* 1934	»	2.—
— Reichspolitik und Ostpolitik im frühen Mittelalter. *SB.* 1935	»	1.50

Die Preise verstehen sich in Reichsmark